Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mark, für Abholer 0,55 Mark. Auch durch d. Post zu beziehen. Preise freibleibend.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Anzeigen-Annahme: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Hamburger Echo

Einzelverkaufspreis 10 Pfennig.

Anzeigenpreise verstehen sich in Goldmark: die 13gespalt. Petitzeile 40 Pfg. Private Familien-Anzeigen 20 Pfg. Stellenangebote 25 Pfennig, Stellengesuche 20 Pfg. Kleine Anzeigen bis 9 Zeil. die Zeile 20 Pfg., 10 b. 15 Zeil. 25 Pfg. Reklamez. 3 Mk. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im ersten Stock (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag) in den Filialen (bis 8 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 190. Sonntag, den 13. Juli 1924. 38. Jahrgang.

Der große Betrug.

Erzberger sagte: Millionäre wird es künftig in Deutschland nicht geben! Wie sticht der tatsächliche Zustand davon ab. Es gibt kein großes Land, in dem von der Massenarmut sich der große Besitz so gewaltig abhebt, als Deutschland. Wäre Erzbergers Steuergesetzgebung reinlich durchgeführt worden, so hätten allerdings die Millionäre den Hauptteil ihres Besitzes dem Reich hergeben müssen. Aber die Inflation brachte einen ganz anderen Zustand. Mit Geld, daß das Reich der Industrie und der Landwirtschaft borgte, zahlten die Besitzer ihre Steuern und nach weiterer Entwertung trugen sie ihre Zahlungspflicht an die Reichsbank mit lächerlich winzigen Goldsummen ab, ein gleiches widerfuhr allen Hypothekengläubigern; und so steht jetzt der industrielle und landwirtschaftliche Besitz in glänzender Substanzvermehrung. Auch was der Besitz für die Schaffung der festen Währung leisten mußte, ist ja in Wirklichkeit keine Leistung: Die Garantiesumme ist idiell ausgeschlagen, Hypothekeneintragung auf die einzelnen Vermögensobjekte ist nicht erfolgt, und für die nur abstrakte Garantieleistung beziehen die Garantieträger fette Zinsen. Es geht den Wirtschaftsträgern gut, es geht ihnen glänzend. Und nur die eine Sorge um das Betriebskapital drückt sie. Allzuviel ist von ihnen in die Sachwerte gesteckt worden, allzuviel wurde für Substanzverbesserung aufgewendet; was Wunder, wenn jetzt kaum mehr Leihkapital zu erhalten ist und die umlaufenden Mittel immer knapper werden. Daher das dringende Verlangen nach Auslandskrediten, daher die Bereitschaft selbst nationalistischer Kreise zur Annahme des Dawes-Gutachtens. Es wird der deutschen Wirtschaft gewaltige Lasten auflegen; aber vielleicht ist es möglich, auch hierbei einen gewaltigen Betrug zu begehen und so ziemlich die ganze Last auf die ausgepowerten Volksmassen zu wälzen?

Der Plan für Einführung agrarischer Zölle ist der Versuch dazu. Der Dawes-Bericht hat angenagelt, daß in Deutschland die Steuerbelastung des Besitzes viel zu gering ist, und daß die werktätigen Volksschichten entsprechend zu hoch herangezogen werden. Es bekräftigen also Vertreter des ausländischen Kapitals die Anklage, die von den deutschen Sozialisten und Gewerkschaftern immer wieder erhoben wurde. Aber die Reichsregierung ist nicht im mindesten bereit, der Mahnung und Anklage gerecht zu werden. Vielmehr hat Reichsfinanzminister Luther im Beisein des Reichskanzlers am Freitag einer Abordnung aller Gewerkschaftsrichtungen erklärt, daß die Reichsregierung gar nicht daran denkt, die auf den Besitz gelegten Steuerlasten zu vermehren. Lediglich solcher bösartigen Steuerhinterziehung, wie sie beim Tode von Stinnes durch den fortwirkenden Willen dieses Kapitalmagnaten verübt worden ist, soll künftig gewehrt werden. Nicht durch die Belastung des Besitzes, sondern durch Besteuerung des Hungers will die Reichsregierung die erforderlichen Mittel hereinbringen. Die agrarische Zöllnerei soll die Reichskassen füllen helfen und sie soll das Mittel sein, um die Deutschnationalen mit der Republik zu versöhnen und für das Dawes-Gutachten geneigt zu machen.

Dieser Betrug ist größer, als der erste. Sowohl materiell, denn Agrarzöllnerei setzt sich unendlich fort und die durch sie herbeigeführte Belastung steigert sich zu unheimlich großen Summen, als auch ideell. Wenn irgend etwas außer Zweifel steht, so dieses: die größten Massen des Volkes sind durch die Gebarung der Agrarier in den letzten Jahren, als die Nahrungsmittelknappheit die Macht der Agrarier steigerte, in einen Zustand der Erbitterung gegen die Agrarier geraten. Die Frage, ob Agrarzölle neu eingeführt werden sollen, einer Volksabstimmung unterbreiten, heißt mit absoluter Sicherheit die Abweisung eines solchen Planes herbeiführen. Das weiß die Regierung. Aber eben deswegen will sie wie ein Dieb in der Nacht die Wählerschaft überfallen. Dieser Betrug ist so unerhört groß, daß auch Zeitungsorgane der Regierungsmehrheit davor erschrecken. Es warnt sogar die Deutsche Allgemeine Zeitung, also das Stinnes-Organ, vor einem solchen Vorgehen. Das Blatt, wie übrigens auch mehr linksstehende andere Organe der Stresemann-Partei betonen, daß jetzt mehr als je Deutschland die Einigkeit seiner Volksmassen brauche und daß also unter allen Umständen vermieden werden müsse, jetzt einen solchen Zankapfel hineinzuwerfen. Die Warnung wird nicht im mindesten fruchten. „Das Geschäft ist richtig!“ Wie eine organisierte Räuberbande haben die in Betracht kommenden Gruppen die Rollen verteilt, und es ist bereits das Verfahren für die entscheidende Abstimmung über die aus dem Dawes-Gutachten sich ergebenden Gesetze festgelegt. Durch Fernbleiben sollen die Deutschnationalen das Inkrafttreten der Gesetze ermöglichen, und der Lohn dafür soll eben die Agrarzöllnerei sein. Auch dies ein ungeheuerlicher Betrug, man weiß nur nicht recht, ob der Betrug, den die Deutschnationalen verüben (denn sie hatten doch ihren ganzen Wahlfeldzug auf die Ablehnung des Dawes-Gutachtens eingestellt), oder ob der Betrug, den die Regierungsparteien vorhaben, größer ist. In jedem Falle wird der Wählerschaft ein Anschauungsunterricht von nicht zu überbietender Deutlichkeit erteilt. Noch ist der große Betrug nicht unter Dach und Fach, und zweifellos werden zu seiner Verhinderung erbitterte Kämpfe entbrennen. Aber schon der Plan müßte genügen, um die Wählerschaft dahin zu bringen, daß sie nächstens als ein großes Stampfwerk arbeiten, das Lumpen zu Brei stampft.

Daß der agrarische Schutzzoll den ihm zugeschriebenen Zweck der Produktionsförderung nicht erfüllen kann, ist schon in unserer Nummer 187 dargelegt worden. Darüber hat die Wissenschaft Sicherheit bekommen. Deutschland konnte aus seiner agrarischen Zöllnerei nicht herausgelangen, solange die gewaltige Rentenbelastung von der Landwirtschaft getragen werden mußte. Die einzige gute Wirkung der Inflation besteht aber gerade darin, daß sie der Landwirtschaft diese Rentenlast abgenommen hat. Heute befindet sich die deutsche Landwirtschaft beinahe in der Lage von Farmern, die mit keiner Rentenlast zu rechnen haben, und dabei hat sie den Markt unmittelbar vor der Tür. Sie muß also durchaus konkurrenzfähig sein. Schließlich aber dürfen wir ja auch nicht die deutsche Landwirtschaft als ein einheitlich aus den Zöllen nutzenziehendes Ganze ansprechen. Nutzen ziehen günstigenfalls die Besitzer weiter Getreideflächen. Der kleine Bauer, der nicht viel mehr als den Selbstbedarf an Getreide gewinnt, hat keinen Nutzen; als Viehzüchter ist er sogar geschädigt, denn selbstverständlich steigen die Preise mit dem Futterbedarf, den er hinzukaufen muß. Allerdings sollen gleichzeitig die Vieh- und Fleischzölle erhöht werden: eins zieht das andere nach sich, bis zum „lückenlosen Zolltarif“, der unvermeidlich uns alle Welt zu Feinden macht. Ueberhaupt gehen vom Getreidezoll Schäden nach allen Richtungen aus. Die Goldmilliarde, die er den deutschen Getreide bauenden Agrariern als Mehrgewinn in jedem Jahre einbringen soll, muß von der gesamten übrigen Wirtschaft getragen werden. Davon muß ein Teil im Preise der Industrieerzeugnisse erscheinen, und also muß der kleine Landwirt, was er günstigenfalls für 100 Zentner Getreide erlöst, beim Einkauf seiner Bedarfsartikel mehr ausgeben. Der Getreidezoll, der angeblich die deutsche Erzeugung steigern soll, wird aber besonders den Export von Industrieerzeugnissen hemmen. Gerade nach Annahme des Dawes-Gutachtens muß Deutschland sich den Export von Industrieerzeugnissen angelegen sein lassen. Wie dürfen wir dann uns den Widersinn der Agrarzöllnerei leisten?

In jedem Betracht: der Plan der Agrarzöllnerei ist unfruchtbar, schädlich und schändlich zugleich. Dieser ungeheuerliche Betrug fordert den Zorn der Volksmassen heraus. Voran zur schärfsten Abwehr, voran zum Hieb!

Protest gegen Agrarzöllnerei.

Der Außenhandelsverband erläßt von Berlin aus eine Protestkundgebung gegen die beabsichtigten Agrarzölle, in der es heißt: Die deutsche Agrarkrise könne nur gemeinsam mit der allgemeinen Wirtschaftskrise behoben werden. Das Mittel der Agrarzölle sei dazu ungeeignet, da sie die Produktionskosten von Industrie, Handel und Handwerk erhöhten, während gleichzeitig die Aufnahmefähigkeit des Innenmarktes zurückgehe. Die Folge sei eine wachsende Arbeitslosigkeit und verminderte Steuerkraft. Aus allen diesen Erwägungen müsse der Außenhandelsverband gegen die Erhöhung der Agrarzölle Protest erheben.

*

Unwille in Amerika gegen deutsche Zöllnerei.

SPD. Rotterdam, 12. Juli. (Drahtbericht.)

Wie in Rotterdamer Getreidehandelskreisen erklärt wird, haben die Meldungen über die von der deutschen Regierung geplanten Schutzzollmaßnahmen bei den amerikanischen Farmern und Getreidehändlern große Erregung hervorgerufen. Es sind bereits Schreiben der amerikanischen Getreideausfuhrinteressenten bei der Regierung in Washington veranlaßt worden. Es sollen **Gegenmaßnahmen** gegen die beabsichtigte deutsche Schutzzollpolitik angeregt werden, um die Gefährdung der amerikanischen Interessen zu verhindern. In erster Linie wird dabei betont, daß gerade die deutsche Landwirtschaft bei der jetzigen Kreditkrise in Deutschland aufs Ausland angewiesen sei. Daher sei es **widersinnig, wenn die Vereinigten Staaten, die in erster Linie als Geldgeber in Frage kommen, selbst Kredite an Deutschland gewähren** und sich damit angesichts der beabsichtigten deutschen Schutzzollmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft ins eigene Fleisch schneiden.

Prolog zur Londoner Konferenz.

Herriot ist in seiner Freitagsrede den Argumenten Poincarés weit entgegengekommen, er hat der parlamentarischen Taktik zuliebe sogar ein Stück des Prinzips geopfert. Dafür erntet er Zustimmung in den Organen der Reaktion und Kritik bei der Linken. Ere Nouvelle sagt, es wäre besser gewesen, wenn Herriot weniger Stimmen und mehr Mut gehabt hätte. Quotidien stellt den großen parlamentarischen Erfolg Herriots fest und betont, gewiß seien der Politik Herriots durch die früheren Verhandlungen enge Grenzen gezogen, aber zwischen seiner Politik und der Poincarés bestehe ein tiefer Gegensatz.

In England wird Macdonald tadelnd angerechnet, weil er zugelassen hat, daß über Verfehlungen Deutschlands auch künftig die Reparationskommission entscheiden solle, wenn auch mit einem amerikanischen Vertreter gleichsam als Schiedsrichter. Es wird gesagt, die britischen Kapitalgeber verlangten eine endgültige Garantie, daß leichtfertige Sanktionen in Zukunft nicht wieder unternommen würden. Wie verlautet, stehen amerikanische Bankiers, die in enger Fühlung und Beratung mit der britischen Finanz stehen, auf eben diesem Standpunkt; sie würden fordern, daß der Dawes-Bericht und nichts als dieser angenommen werde. Auch aus Macdonalds Erklärung gehe klar hervor, daß die britische und französische Auslegung der Formel betr. die Reparationskommission plus amerikanische Sachverständige zugegebenerweise verschieden seien. Die Franzosen seien vielleicht bereit gewesen, im Falle eines deutschen Verzugs einem amerikanischen Vertreter der amerikanischen Anleihezeichner eine Stimme zuzugestehen, doch hätten sie den britischen Gedanken, daß die Intervention des Amerikaners schiedsrichterlicher Art sein sollte, nicht angenommen.

Der britische Premierminister hatte eine fast vierstündige Zusammenkunft von Mitgliedern der Regierung mit Oberkommissaren der Dominions zur Erwägung von Fragen, die mit der bevorstehenden interalliierten Konferenz zusammenhängen. Zum kommenden Montag sollen alle Fragen des Dawes-Berichts im Unterhause zur Sprache kommen.

Der französische und englische Geschäftsträger hatten im Staatsdepartement in Washington gemeinsam eine Unterredung mit Hughes. Es ist anzunehmen, daß sie sich auf die letzten Besprechungen zwischen Herriot und Macdonald bezogen.

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon ist aus New York in Southampton eingetroffen. Er betonte der Times zufolge den rein privaten Charakter seines Besuches.

Hergt droht Stresemann.

Reichstagsabgeordneter Hergt hat als Vorsitzender der Deutschnationalen einen offenen Brief an Stresemann herausgegeben, in dem gesagt wird: Da die alliierten Mächte ablehnten, den Schlußtermin für die militärische Kontrolle auf den 30. September festzusetzen und auf bedingungsloser Unterwerfung bestehen, fordere die deutschnationale Reichstagsfraktion die Regierung auf, das Zugeständnis vom 30. Juni nach Fortfall der Bedingungen als unwirksam zu erklären und die geforderten Kontrollhandlungen nicht zuzulassen. Zum Schlusse wird in dem Briefe auf die Folgen hingewiesen, die eintreten müßten, wenn die Regierung die Militärkontrolle weiter zulasse. Die Verantwortung dafür laste auf dem Reichsaußenminister.

Die Folgen sollen wohl in Ueberfällen nationalistischer Jünglinge auf die Kontrolloffiziere bestehen. Dafür wird man nicht Stresemann, sondern die Hergt und Genossen verantwortlich machen.

Reichskanzler Marx über Reparationsfrage und Agrarzölle.

SPD. Berlin, 12. Juli. (Drahtbericht.)

In einer geselligen Zusammenkunft, die am Sonnabend die Presse und die Reichsregierung zusammenführte, nahm der Reichskanzler Marx in einer Aussprache Gelegenheit, auf die im Vordergrund stehenden Probleme hinzuweisen. Am schwersten sei die Sorge um unsere Wirtschaft, der wir nach langen Jahren des Leidens und der Enttäuschungen auf Grund des Sachverständigengutachtens wieder Freiheit und Kraft zuführen zu können hoffen. Er müsse leider feststellen, daß die Erwartungen, die nach dem Bekanntwerden der Vorschläge aufgekeimt waren, vielfach wieder ernster Sorge und Befürchtungen Platz gemacht hätten. Wir wußten, daß das Sachverständigengutachten nur möglich und wirksam sein könnte, wenn damit eine neue Aera guten Willens und ehrlicher Verständigung in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht einsetzen würde. Mit dieser Hoffnung haben wir das Gutachten als eine praktische Lösung der Reparationsfrage anerkannt und sofort mit allen Kräften die nötige Vorarbeit für seine Durchführung in Angriff genommen. Poincaré hat in seiner Rede vor dem Senat zu Unrecht gesagt, daß Deutschland noch nichts getan habe, u mdie erforderlichen Gesetze zustande zu bringen. Der Geist, der uns bei dieser Arbeit leitet, ist der Geist offener und ehrlicher Verständigung, freier offener Aussprachen, der Geist, der nach Beseitigung aller Hindernisse der Kriegs- und Nachkriegszeit dazu befähigt, mit freiem Blick in das Auge des Gegners zu schauen und einander die Hand zu reichen in dem Entschlusse, endlich den Wiederaufbau Deutschlands sowohl als ganz Europas zu beginnen. Wir haben mit Freuden vernommen, daß auch in Frankreich eine günstigere Betrachtungsweise Boden gewonnen und haben gern vernommen, daß die Londoner Konferenz einen andern Geist haben werde, als die bisherigen. Durch die Pariser Abmachungen zwischen den beiden Ministerpräsidenten scheinen leider manche der auf die Londoner Konferenz gesetzten Hoffnungen bedroht. Es wäre an der Zeit, daß wir jetzt endlich als gleichberechtigte Berater zu den Verhandlungen zugelassen würden. Die Bedingung, die die deutsche Regierung an die Durchführung des Sachverständigengutachtens geknüpft hat, ist, daß **das Gutachten von allen Beteiligten seinem Inhalt und seinem Geiste nach aufrichtig angenommen und durchgeführt wird.** Inhalt und Geist des Gutachtens erfordert die Wiederherstellung eines einwandfreien Rechtszustandes und die Erleichterungen, die zum Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft erforderlich sind. Im Interesse der Befriedung Europas müßten die Alliierten dieser Sachlage durch die Art ihres Vorgehens Rechnung tragen. Davon hänge Deutschlands, aber auch Europas Schicksal ab.

Zur Frage des **Eintritts Deutschlands in den Völkerbund** äußerte der Reichskanzler, daß seiner ganzen politischen Einstellung der Gedanke des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund durchaus entspricht, aber als Deutscher müsse er dabei voraussetzen, daß bei dem Eintritt Deutschlands Wohl und Ehre voll gewahrt bleibe. Darum begrüßten wir aufrichtig die Erklärung, die Lord Parmoor dem Londoner Vertreter des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes (siehe Sonnabendausgabe des Echo) gemacht hat. Weiter haben wir auch innerpolitische Sorgen. Die dem Reichsrat zugesagte **Schutzzollfrage** drohe zu lebhaften innerpolitischen Kämpfen zu führen. Sinn und Geist des Schutzzollgesetzentwurfs sei die Rettung eines wichtigen deutschen Wirtschaftszweiges vor dem Untergang. Er wolle nur betonen, daß es sich bei diesem Schutz, den wir der Landwirtschaft angedeihen lassen müssen, nicht nur um eine Frage der Landwirtschaft, sondern um eine volkswirtschaftliche Frage allerersten Ranges handelt, an der das deutsche Volk das dringendste Interesse habe. Die Not der Landwirtschaft sei heute so groß, daß die Ernährung unseres Volkes dadurch ernstlich gefährdet werde. Durch die zu erwartende Wendung im Westen und die Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2½ auf 2 %, werde das Brot mehr verbilligt, als es durch Einführung von Schutzzöllen für Getreide verteuert wird.

Faschistische Korruption.

Matteotti ermordet, um die Korruption zu verhüllen.

SPD. Rom, 12. Juli. (Drahtbericht.)

Den ermordeten Matteotti haben die Führer der faschistischen Bewegung in Italien wegen ihrer streng geheim gehaltenen Korruption aus dem Wege geräumt. Matteotti hat Kenntnis erhalten über die **Schiebungen führender Männer der faschistischen Partei mit dem italienischen Besitz an rumänischen Petroleumquellen.** Die italienische Regierung hat vor längerer Zeit in Rumänien Petroleumquellen gekauft, um sich in der Petroleumversorgung unabhängig halten zu können. Mussolini hat angeordnet, daß diese Petroleumquellen durch eine rein italienische Gesellschaft ausgebeutet werden soll. Diese Gesellschaft wurde gegründet, alle Aktien befanden sich in italienischen Händen und zum größten Teil in den Händen der Regierung. Mussolini hat sich infolge der notwendigen andern wichtigen Geschäfte nicht darum kümmern können. Durch Vermittlung von Filipelli, des Direktors der Banca Italia wurde ein in Paris befindlicher italienischer Finanzier beauftragt, die Aktien der Petroleumgesellschaft zu einem über den offiziellen Kurs lautenden Preis zu verkaufen. **Der Gewinn sollte zwischen dem Finanzier und den interessierten Beamten des italienischen Ministeriums des Innern geteilt werden.** Der Finanzier verhandelte zunächst mit Amerikanern und verkaufte ihnen die Aktien oder unterschrieb wenigstens ein Verkaufsversprechen. Das Geschäft mit den Amerikanern zerschlug sich jedoch am Ende, trotzdem der italienische Finanzier persönlich über den Ozean gefahren war. Er knüpfte deshalb mit einer englischen Finanzgruppe an, die ohne weiteres jeden Preis für die Majorität der Aktien der italienischen Gesellschaft zahlte. Dabei wurde **ein Gewinn von 6 Millionen Lire erzielt, von denen 2 Millionen eine italienische „Exzellenz“ und die andern 4 Millionen die „Mitarbeiter“ erhielten.** Matteotti hatte die Beweise für diesen faschistischen Petroleumskandal in Händen, sie befanden sich in den Akten, die er auf dem Wege zum Parlament bei sich trug, um **am selben Tage in der Kammer die Korruptionsaffäre zu enthüllen. Auf dem Wege zu diesem Vorhaben wurde er von den Faschisten angefallen und dann ermordet.**

Seit bekannt war, daß Matteotti um die Geheimnisse wußte, ist der italienische Finanzier in Paris beauftragt worden, die Petroleumaktien den Engländern um jeden Preis wieder abzukaufen. Es scheint, daß Mussolini selbst das Geld dafür geschafft hat, um dem gegenwärtigen Regime die Schande zu ersparen.

Die Konferenz der kleinen Entente hat am 11. Juli in Prag begonnen. Eine besonders **dramatische Bedeutung** dürfte ihr diesmal kaum zukommen, da die leichten Spannungen zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien anscheinend verschwunden sind. Vom ersten Verhandlungstage liegt ein **amtliches Communiqué** vor, das üblicherweise nichts sagt. Nur die Stellung zu Sowjet-Rußland scheint zu etwas schwierigen Verhandlungen zu führen, wobei amtlich verlautbart wird, daß man beabsichtige, sich der künftigen Haltung Frankreichs anzuschließen.

Die polnischen Minderheiten-Gesetze, die weit hinter den für den Schutz der nationalen Minderheiten zu stellenden Forderungen zurückbleiben, wurden vom Sejm endgültig angenommen. Die Abgeordneten der Minderheiten verließen zum Zeichen des Protestes den Sitzungssaal.

Für unsere Frauen

Der Mann gibt dem Hause und der Familie Namen und äußere Gestaltung; er vertritt das Haus nach außen. Durch die Frau aber werden die Sitten des Hauses erst lebendig; so haucht sie in der Tat dem Hause den Odem des Lebens ein. Die eigenste Weise des Hauses, sein individueller Charakter wird fast immer bestimmt durch die Frau.

Wilhelm Riehl.

Wie entsteht ein Gesetz?

SPD. „Nach dem Gesetz“ haben Frau und Kinder als Familiennamen den Namen des Mannes zu tragen, „nach dem Gesetz“ hat der Vater die elterliche Gewalt über die Kinder. „Nach dem Gesetz“ dürfen Kinder unter 13 Jahren in Fabriken nicht beschäftigt werden. „Nach dem Gesetz“, dem Jugendwohlfahrtsgesetz nämlich, werden jetzt Jugendämter eingerichtet. Wie entstehen denn diese Gesetze, die doch nicht etwa ein Teil der natürlichen Ordnung sind? Wie fangen wir es an, an die Stelle schlechter Gesetze bessere zu stellen?

Wir wollen hier nicht von der Notwendigkeit sprechen, die aus der Entwicklung der Gesellschaft sich ergebend zu bestimmten Gesetzen führt, nicht etwa davon, wie die Bürgerfamilie entstand und wie sie lebt und wie und warum das Familienrecht, das wir heute haben, auf sie zugeschnitten wurde, nicht davon, wie Ueberarbeit und Verwahrlosung der Großstadtjugend zu Schutzgesetzen führte. Wir wollen die Formen betrachten, unter denen ein Gesetz zustandekommt. Sie sind für die politische Praxis von Bedeutung, denn in ihren Grenzen vollziehen sich die Kämpfe der Klassen der Gesellschaft um neues Recht im Staat. Dieses Recht regelt für eine Weile, bis unter veränderten Machtverhältnissen Neues geschaffen wird, die Beziehungen einzelner Menschen oder bestimmter Menschenkategorien untereinander, oder ihre Beziehungen zum Staat.

Die Gesetzgebung in Deutschland vollzieht sich nach den Bestimmungen der Reichsverfassung, die am 11. August 1919 in Weimar beschlossen wurde. Es gibt Gesetze, die älter sind als die Reichsverfassung und die auch, wenn sie mit programmatischen Bestimmungen der Reichsverfassung in Widerspruch stehen, noch gelten, weil sie durch neue noch nicht abgelöst sind und ein rechtloser Zustand unmöglich ist. Dazu gehört auch das Bürgerliche Gesetzbuch, das das Familienrecht, also das Eherecht und das Recht der Eltern und Kinder regelt, und das von 1900 stammt.

Die Reichsverfassung stellt genau fest, für welche Stoffe das Reich die Gesetzgebung hat, im Gegensatz zu den Stoffgebieten, die den Ländern Preußen, Bayern, Sachsen usw. bleiben. Die Gesetzgebung in der Mutter-, Säuglings-, Kinder- und Jugendwohlfahrtspflege zum Beispiel steht dem Reich zu. Das Reich kann ein Gesetzgebungsrecht auf alle Gebiete ausdehnen, weil die Verfassung ihm nicht nur einzelne ausschließlich oder unter Vorbehalt zuweist, sondern auch sagt, daß Reichsrecht Landesrecht bricht. Wenn wir also die Notwendigkeit eines Gesetzes für das ganze Deutsche Reich feststellen auf einem Gebiet, das bisher den Ländern vorbehalten war, wie etwa der Lehrerbildung, so können wir nach der Verfassung ohne weiteres ein Reichsgesetz fordern.

Die gesetzgebende Körperschaft für das Reich ist der Reichstag, dessen Wahl und Zusammensetzung als bekannt vorausgesetzt wird. „Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen“, sagt die Reichsverfassung. Die Anregung dazu kann aus der Mitte des Reichstages kommen, also von einer oder mehreren Fraktionen, wie die Gruppen der Abgeordneten einer Partei heißen. Wenn also die Frauen die Strafbarkeit der Abtreibung als unerträglich empfinden, so müssen sie die Abschaffung des Paragraphen des Strafgesetzbuches durch ein Gesetz verlangen, weil ein bestehendes Gesetz oder Teile eines bestehenden Gesetzes nur durch ein neues aufgehoben werden können. Sie müssen aber gleichzeitig eine Partei finden, die im Reichstag einen entsprechenden Antrag stellt. Die Fraktion der Sozialdemokratie hat einen solchen Antrag gestellt. Anträge, die die Regierung einbringt, die sogenannten Gesetzesvorlagen, bedürfen der Zustimmung des Reichsrates. Im Reichsrat sitzen nicht die aus der Wahl hervorgegangenen Volksvertreter, sondern die Vertreter der Regierungen der deutschen Länder, preußischer Provinzen. Wenn nun also die Regierung ein Gesetz für erforderlich hält, wie seinerzeit das Jugendwohlfahrtsgesetz, so bearbeitet das zuständige Ministerium den Entwurf. Es hält dabei Fühlung mit den Landesregierungen, mit Sachverständigen und interessierten Volkskreisen. So geschah es auch beim Jugendwohlfahrtsgesetz. Dann wurde es, wie alle Gesetze, dem Reichskabinett zum Beschluß vorgelegt, das dem Entwurf zustimmte. Im Reichsrat wurden dann Aenderungen des Entwurfes gefordert, weil die Länder nicht ihre Rechte an das Reich abtreten wollen. Die Regierung hat dann, wie das die Reichsverfassung für den Fall, daß eine Einigung zwischen Regierung und Reichsrat nicht zustande kommt, vorschreibt, ihre Paragraphen und die des Reichsrates nebeneinander gedruckt, dem Reichstag vorgelegt.

Im Reichstag muß ein Gesetz drei Lesungen passieren. Nach der ersten Lesung, in der die Fraktionen ihrer Meinung dazu im allgemeinen Ausdruck geben, geht das Gesetz in der Regel an einen Ausschuß, einer Körperschaft aus etwa 28 Abgeordneten, der die einzelnen Dinge berät und Beschlüsse faßt, die vom Berichterstatter im Plenum bei der zweiten Lesung vorgetragen werden. Die dritte Lesung bringt dann die Endabstimmung über das ganze Gesetz.

Kürzlich, beim Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, hat der Reichsrat das vom Reichstag beschlossene Gesetz nachträglich abgelehnt. Damit galt verfassungsmäßig das Gesetz als nicht zustande gekommen. Der Reichstag hätte allerdings mit Zweidrittelmehrheit das Gesetz rechtskräftig machen können. Die war aber dafür im Reichstag nicht vorhanden. Der Reichspräsident hätte es zum Volksentscheid stellen können, das heißt zur Abstimmung nicht im Reichstag, sondern durch die Stimmberechtigten im Volk. Er hat es nicht getan angesichts der schweren außenpolitischen Fragen, die damals wie heute alle politisch Denkenden überwiegend in Anspruch nehmen. Da alle schwebenden Gesetze mit Ablauf der Gesetzgebungsperiode erledigt sind, war es auch dieses Gesetz mit aller darauf verwendeten Arbeit vor den Wahlen vom 4. Mai.

Durch Volksentscheid kann auch ohne Differenz zwischen Reichstag und Reichsrat über Gesetze abgestimmt werden, wenn der Reichspräsident es dazu bringt oder ein Zehntel der Stimmberechtigten es fordert. Wenn also genügend Frauen Volksentscheid über zum Beispiel die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau fordern und dazu ein Gesetz vorlegen, so muß die Regierung das Gesetz dem Reichstag vorlegen und, nimmt er es nicht unverändert an, zur Volksabstimmung bringen.

Der Haushalt des Reiches, seine Einnahmen und Ausgaben, werden jährlich vom Reichstag nach einer Vorlage der Regierung beraten und beschlossen. Die Steuern allerdings werden besonders beraten und beschlossen und nur ihr Ertrag auf der Einnahmeseite des Reichshaushalts angeführt.

Sind die Gesetze beschlossen, so müssen sie durchgeführt werden. Wie das geschieht, soll ein andermal behandelt werden.

Hedwig Wachenheim.

Frauen als Verbrecherinnen.

Die Statistiken, die uns Aufschluß geben über die Verurteilung von Verbrechern, zeigen, daß Frauen viel seltener als Männer Verbrechen begehen. In den Jahren vor dem Kriege waren von je 100 Verurteilten im Durchschnitt 15 bis 20 weiblichen Geschlechts. Während des Krieges, als der größte Teil der Männer mittleren Alters zum Kriegsdienst eingezogen war, nahm der Anteil der Frauen an den Verurteilten zu. Allgemeine Statistiken über die Verurteilungen in den Nachkriegsjahren sind noch nicht veröffentlicht. Nur für Bayern wurden kürzlich einige Zahlen bekanntgegeben. Danach betrug der Anteil der Frauen an den Verurteilten im ersten Vierteljahr 1924 19 %.

In der Hauptsache erfolgen die Verurteilungen von Frauen wegen Verbrechen, die sich aus der Mutterschaft (meistens der unehelichen) ergeben: Kindesmord, Aussetzung, Abtreibung. Ferner sind Kuppelei, Hehlerei, Vergiftung, einfacher Diebstahl, Meineid und Verletzung fremder Geheimnisse die hauptsächlichsten Verbrechen oder Vergehen, bei denen auf 100 Verurteilte mehr als 15 % Frauen kommen. Bei allen Verbrechen der Gewalttätigkeit bleibt die Zahl der verurteilten Frauen naturgemäß noch bedeutend hinter dem Durchschnitt von 15 % zurück. Der Alkoholgenuß, der so häufig Männer auf den Weg des Verbrechens treibt, spielt bei den Frauen glücklicherweise längst nicht die gleiche Rolle. Die Zunahme der Zahl der erwerbstätigen Frauen war eher mit einem Rückgang als mit einer Zunahme der weiblichen Verurteilten verbunden.

„Aber Ihr entflammt die Begehrlichkeit . . .“

Aber ihr entflammt die Begehrlichkeit und die Sehnsucht, ihr Sozialisten, ihr zerstört die Zufriedenheit, die Zufriedenheit, die Zufriedenheit — fragen die von der satten Tugend und zahlungsfähigen Moral, die gleichzeitig den Martin Luther als Helden feiern, da er den alten Leuten die Ruhe der Seele und die Zufriedenheit gründlich raubte, als er ihnen den „Glauben“ nahm, daß sie sich mit dem Ablaßgeld aller Sünden ledig kaufen könnten. Jawohl, wir entflammen die Sehnsucht nach der Schönheit holdem Altar, wir Sozialisten, und Lassalles Wort gilt:

„Die Bedürfnislosigkeit ist die Tugend des indischen Säulenheiligen und des christlichen Mönches; aber vor dem Geschichtsforscher und vor dem Nationalökonomen, da gilt eine andere Tugend. Fragen Sie alle Nationalökonomen: welches ist das größte Unglück für ein Volk? Wenn es keine Bedürfnisse hat. Denn diese sind der Stachel seiner Entwicklung und Kultur. Darum ist der neapolitanische Lazzarone so weit zurück in der Kultur, weil er keine Bedürfnisse hat, weil er zufrieden sich ausstreckt und in der Sonne sich wärmt, wenn er eine Handvoll Makkaroni erworben. Warum ist der russische Kosak so weit zurück in der Kultur? Weil er Talglichte frißt und froh ist, wenn er sich in schlechtem Fusel berauscht. Möglichst viel Bedürfnisse haben, sie aber auf ehrliche und anständige Weise befriedigen — das ist die Tugend der heutigen, der nationalökonomischen Zeit.“

Barmbeck. Genossinnen! Dienstag, 15. Juli, machen wir mit unseren Kindern einen Ausflug nach Poppenbüttel und weiter nach den Saseler Wühlbergen. Wer Reifenspiele usw. besitzt, bringe sie mit. Treffen pünktlich 8 Uhr: Barmbecker Bahnhof. Kosten für Hin- und Rückfahrt 30 ₰, Kinder 10 ₰.